

12. Juni 2024

Resolution

Anlässlich der Tagung der Gesundheitsministerinnen und der Gesundheitsminister der Länder in Lübeck-Travemünde fordern wir die gesundheitspolitisch Verantwortlichen im Bund und den Ländern dringend zu einem Richtungswechsel auf.

Ärzte/-innen und Psychotherapeuten/-innen wollen für ihre Patientinnen und Patienten da sein. Das erfordert Rahmenbedingungen, die die Arbeit erleichtern und eine innovative Weiterentwicklung der bewährten Strukturen der ambulanten Versorgung zulassen. Was wir nicht brauchen, sind ideologische Experimente und politische Verunsicherungen, die die Praxen der Niedergelassenen, die das Rückgrat der Gesundheitsversorgung bilden, in Frage stellen und in ihrer Existenz gefährden.

Wir fordern:

- Echte Entbudgetierung ohne neue Bürokratie und ohne eine Umverteilung von Mitteln innerhalb der ambulanten Versorgung
- Ein klares Bekenntnis zu inhabergeführten, freiberuflich-selbstständigen Praxen und Medizinischen Versorgungszentren, seien sie hausärztlich, fachärztlich oder psychotherapeutisch
- Eine Ambulantisierung der Versorgung mit klaren und fairen Wettbewerbsbedingungen für Kliniken und Praxen
- Eine Digitalisierung, die funktioniert, einen entlastenden Mehrwert hat und bei der Praxen nicht zu unfreiwilligen Software-Testern werden.
- Einen spürbaren Abbau der Bürokratie

Alle Gesetze, seien sie noch in der Planung oder bereits im parlamentarischen Verfahren, wie das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG), das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) und das Notfall-Gesetz müssen sich daran messen lassen, welchen tatsächlichen Beitrag sie leisten, die Arzt- und Psychotherapeutenpraxen und damit das Rückgrat der gesundheitlichen Versorgung von 83 Millionen Menschen in Deutschland zu stärken.